

Dresdner Nachrichten

S gegründet 1856

Verleger: Dr. Hermann Schmidt, Dresden, Postfach 1000. Druck: Druckerei des Dresdner Nachrichten, Dresden, Postfach 1000. Preis: 10 Pf. (inkl. Post). Abbestellung: Dresden, Postfach 1000. Anzeigen: Dresden, Postfach 1000. Redaktion: Dresden, Postfach 1000.

Fernost-Debatte im Völkerbundsrat

Heftiges japanisch-chinesisches Rededuell

Genf, 25. Jan. Der Völkerbundsrat besaß heute nachmittags zum vierten Male seit September mit dem chinesisch-japanischen Konflikt. China wird durch den chinesischen Botschafter in Washington, Yen, und Japan durch den Gesandten in Brüssel, Sato, vertreten. Die Vereinigten Staaten beteiligen sich, ebenso wie auf der Pariser Tagung des Rates, nicht an den Verhandlungen. Der Vorsitzende des Rates, Paul Boncour, gab zunächst einen kurzen Überblick über die bisherige Tätigkeit des Völkerbundsrates in dieser Frage. Der Vertreter Chinas, Yen, stellte in außerordentlich scharfen Formulierungen fest, daß einem ungeheuren großen Aufwand von Bemühungen des Völkerbundes ein völlig negatives Ergebnis gegenüberstehe. Die Entschlüsse des Rates hätten als Grundlage das feierliche Versprechen Japans, seine Truppen sobald als möglich zurückzuziehen, gehabt. Dieses Versprechen sei gebrochen worden. Die Erwartung, daß die Situation sich nicht verschlimmere, sei durch die japanische Gewaltpolitik, die sich zum Teile nicht habe, die Mandchurei zu annektieren, überholt worden. China müsse jetzt freimütig erklären, daß die Notwendigkeit immer größer werde, alle Mittel und Wege zu erschöpfen und unter Umständen andere Artikel als Artikel 11 des Paktes anzurufen, um dem Konflikt ein Ende zu machen. Der Vertreter Japans erwiderte in längeren Ausführungen, die darin gipfelten, daß der Völkerbundsrat das Ergebnis der Untersuchungen der von ihm ernannten Untersuchungskommission abwarten solle, um dann erneut die Lage zu prüfen.

Sato bestritt, daß Japan Eroberungsabsichten in der Mandchurei habe. Er schloß mit der Versicherung, daß Japan nur so weit gehe, um seine Rechte in der Mandchurei sicherzustellen. Der chinesische Vertreter schloß sich vor, in der nächsten Sitzung eingehend auf die Ausführungen Satos zurückzukommen, und bemerkte, Japan sei um eine Begründung seines Vorgehens in der Mandchurei nie verlegen gewesen. Mit erhobener Stimme erklärte er, daß jetzt zum dritten Male in der jüngsten Geschichte japanische Truppen chinesisches Gebiet besetzt hätten. Der Vorsitzende wies in seinem Schlusswort auf die Ereignisse in Schanghai hin, die er als außerordentlich ernst bezeichnete. Er richtete an den japanischen und den chinesischen Vertreter den Appell, sich sofort mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen, damit diesen Ereignissen in Schanghai Einhalt geboten werde.

Washington gegen Tokio

Washington, 25. Jan. Die amerikanische Regierung wendet sich scharf gegen die japanischen Militärmaßnahmen in der internationalen Anwesenheit in Schanghai. In hohen Regierungskreisen verläutet, daß die Washingtoner Regierung weitere japanische Truppen

Landungen in Schanghai als „ernte Unruhe“ ansehen würde. Solche japanischen Maßnahmen wären nur gerechtfertigt, wenn japanisches Leben und Eigentum in Schanghai gefährdet sein würden; das treffe jedoch nicht zu.

Englisch-japanische Zusammenarbeit in China?

London, 25. Jan. Der Reuterskorrespondent in Tokio erklärt, die Absichten einer engeren Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Japan in China würden in der japanischen Presse eingehend erörtert. Es sei bemerkenswert, daß nichts so sehr dazu beigetragen habe, die japanische Freundschaft für Großbritannien, die während der Tagung des Völkerbundsrates im Oktober zeitweise beeinträchtigt war, wiederherzustellen, wie die Weigerung Londons, sich der letzten Note Washingtons hinsichtlich der offenen Tür in der Mandchurei anzuschließen.

Ministerpräsident Sunfo zurückgetreten

Peking, 25. Jan. Der zur Zeit in Schanghai weilende chinesische Ministerpräsident Sunfo ist zurückgetreten, weil die Regierung mit seiner Politik der „positiven Aktion“ gegen Japan nicht einverstanden war. Inzwischen verhandeln die chinesischen Behörden in Schanghai am Spree der friedlichen Velleitung der chinesisch-japanischen Schwierigkeiten über die Aufstellung einer antijapanischen Vereinigung, die den ersten Schritt zur Annahme der japanischen Forderungen darstellen soll.

Drummonds Rücktrittsgeheim vor dem Völkerbundsrat

Genf, 25. Jan. In einer streng geheimen Sitzung hat der Völkerbundsrat am Montag von dem Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, an den amtierenden Staatspräsidenten Kenntnis genommen, in dem Drummond seinen Rücktritt zu Ende dieses Jahres erklärt. Das Schreiben ist sodann Gegenstand eingehender Beratungen des Völkerbundsrates gewesen. Nach in London vorliegenden Meldungen hat der Völkerbundsrat das Rücktrittsgeheim nicht angenommen. Sämtliche Staatsmitglieder haben Drummond erbeten, seine Entscheidung zu überprüfen. Drummond versprach, der Angelegenheit noch einmal seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Genf, 25. Jan. Der Kontrahentschluß des Völkerbundes hat im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftskrise beschloffen, den Bau des neuen Völkerbundsgebäudes vorläufig nicht weiterzuführen. Lediglich die bereits begonnenen Arbeiten für die Bibliothek und das Völkerbundssekretariat sollen beendet werden.

Französisch-englische Besprechungen in Paris

London ist pessimistisch

Paris, 25. Jan. Am Quai d'Orsay fand heute eine längere Besprechung statt, an der u. a. A. A. Vaval, Flaminio Piccoli, Lord Tyrrell, teilnahmen. Über diese Unterredung ist ein Kommuniqué nicht ausgegeben worden, doch bezeichnet Havas es als wahrscheinlich, daß das Reparationsproblem besprochen worden sei, und daß die französischen Vertreter dem englischen Botschafter den französischen Standpunkt über das gegenüber Deutschland einzufließende Verfahren präsentierte.

London, 25. Jan. Die Tributverhandlungen wurden am Montagabend in diplomatischen Kreisen Londons durchaus pessimistisch beurteilt. Die Hoffnung, daß am Montag die Entscheidung über das Zusammenreffen Vaval-Macdonald fallen würde, hat sich nicht erfüllt.

Die pessimistische Stimmung ist das Ergebnis der am Montagabend negativen verlaufenden Unterredung zwischen Vaval und dem englischen Botschafter in Paris, Lord Tyrrell.

Seit der letzten Unterredung des deutschen Botschafters Freiherrn v. Reuter mit dem Unterstaatssekretär Wankwitz am vergangenen Freitag ist die englische Regierung nicht wieder mit neuen Vorschlägen an die deutsche Botschaft herangetreten. Das Schwergewicht der Verhandlungen liegt jetzt vielmehr in der Aussprache mit Piccoli, der hat die englische Regierung erneut zum Ausdruck gebracht, daß sie die Tributkonferenz für notwendig hält, deren Ziel eine möglichst endgültige Begehung der Tributfrage sein müsse. Mit diesem Gedanken hat sich, soweit in London verläutet, Vaval noch nicht einverstanden erklärt.

Ein Erfolg gegen die Tribute!

Im Rahmen unseres Kampfes um die politischen und privaten Schulden, der nicht nur für uns, sondern auch für das Schicksal der ganzen Welt entscheidend ist, haben wir durch den Abschluß des neuen Stillschaltabkommens einen nicht unbedeutenden Erfolg erzielt. Bineinde sechs Wochen haben die Verhandlungen zwischen den deutschen Schuldner und ihren Gläubigern, den ausländischen Bankiers, gedauert. Es handelte sich darum, die uns gewährten sechs Milliarden zurückzuzahlen. Es ist ein mindestens für ein weiteres Jahr zu sichern, da eine Kündigung für Schuldner und Gläubiger schwerste Gefahren gebracht hätte. Die Folge einer Kündigung für uns wäre zunächst einmal der Verlust auf die Goldwährung gewesen. Darüber hinaus hätte sich Deutschland aber auch für zahlungsunfähig erklären müssen, da ein großer Teil der Schulden infolge der Stilllegung von Betrieben, in denen das Kapital investiert wurde, eingetroten ist. Hätte Deutschland sich hinsichtlich seiner privaten Schulden zahlungsunfähig erklärt, dann wäre im Gefolge der daraus entstehenden Währungschwierigkeiten auch der Zinsendienst der deutschen Privatverschuldung in den Banken geraten. Dadurch und durch die psychologischen Wirkungen einer deutschen Zahlungsunfähigkeit würde aber zweifellos das Kreditgebäude der Welt, das schon längst nur noch ein Notbau ist, in einen wüsten Trümmerhaufen verwandelt worden sein. Damit wäre der internationale Warenaustausch endgültig erschrocken und den Gläubigern jede Möglichkeit in absehbarer Zeit genommen worden, zu ihrem Gelde zu kommen.

Diese Gefahren, die für die Gläubiger nicht geringere sind als für die Schuldner, waren unsere Stärke bei den Berliner Verhandlungen. Deutschland befindet sich in der besten Stellung eines Schuldners, von dem an Vermögenswerten nichts mehr zu holen ist, dessen Gläubiger aber dann wieder zu ihrem Gelde kommen, wenn der Schuldner bereit ist, sich durch Arbeit wieder Vermögenswerte zu schaffen. Dabei ist aber wichtig, daß man dem Schuldner Gelegenheit zur Arbeit gibt. Das bedeutet im Falle Deutschlands Beseitigung oder wenigstens Abbau der Schranken, die man der deutschen Ausfuhr entgegenstellt. Daneben ist von Wichtigkeit, die Lasten tragbar zu gestalten. Wollten die Gläubiger Forderungen an uns stellen, die uns zwingen, den Erfolg unserer Arbeit bis zum letzten Pfennig in ihre Taschen zu werfen, so müßte das auf unsere Arbeitskraft zerstörend wirken. Wenn auf der Gegenseite gute Resultate wären, dann müßten sie uns also einen Schuldentrost anbieten, der, was die Hinsicht die Rückzahlungen betrifft, Deutschland die Möglichkeit gibt, daß seiner Hände Arbeit nicht nur seinen Gläubigern, sondern auch ihm selbst zugute kommt. Das Ausland muß also ein Doppeltes tun, es muß uns die Möglichkeiten zum Arbeiten und zur Ausfuhr unserer Waren geben, und es muß tragbare Forderungen stellen. Deshalb können wir von unseren privaten Gläubigern verlangen, daß sie sich mit uns für die Streichung der politischen Schulden in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse einsehen. Bei einer Zinsenlast von 1,9 Milliarden und bei einer Rückzahlungswarte von 600 Millionen benötigt Deutschland im Jahre 1932 einen Ausfuhrüberschuss von mindestens 2,5 Milliarden, das heißt genau soviel wie im Vorjahre. Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der Ausfuhr wird es schwer halten, einen Exportüberschuss in dieser Höhe zu erzielen. Man sieht sofort, daß Tribute für Deutschland eine Unmöglichkeit bedeuten und für die ausländischen Privatgläubiger eine schwere Bedrohung ihrer eigenen Interessen.

Es war deshalb für uns von Wichtigkeit, daß die Gläubiger sich nicht nur auf die Ausarbeitung technischer Einzelheiten des neuen Stillschaltabkommens beschränken, sondern auch in Form eines Gutachtens als Wirtschaftsjahresverständige und als von politischen Rücksichten freie Sachverständige ihre Ansichten über Deutschlands Leistungsfähigkeit abgeben. Ausdrücklich haben sich die Gläubiger veranlaßt zu betonen, die deutsche Wirtschaft habe außerordentliche Opfer auf sich genommen, um das Stillschaltabkommen vom August des vorigen Jahres zu erfüllen. Das deutsche Kreditwesen und die Deutsche Reichsbank seien infolge der Wirtschaftskrise und der gewaltigen Anforderungen, die an sie durch Bereitstellung von Devisen in Höhe von 5 Milliarden Mark für die Kreditrückzahlungen seit Herbst 1930 gestellt wurden, hart geschwächt. Die Gläubiger erklären deshalb, es liege in ihrem eigenen Interesse, die Lage der deutschen Wirtschaft nicht durch die Forderung sofortiger Zahlungen zu verschärfen. Man müsse Deutschland vielmehr die Zeit zur vollen Entfaltung der in ihm vorhandenen Wiederaufbaukräfte belassen. Insbesondere könnten Zahlungen nur durch entsprechende Ueberbrücke abwerfende Exportmöglichkeiten geleistet werden. Diese Stellen des Gläubigerinteresses sind für Deutschland von größter Wichtigkeit. Denn es gibt wohl keine bessere Wiedereingliederung des französischen Marktes, Deutschland würde, von Tribute befreit, ein gefährlicher Konkurrent, als diese nächsten Ansichten ausländischer

Die Bank von England zahlt Kredite zurück

London, 25. Jan. Wie die Bank von England mitteilt, hat sie die Hälfte, den gesamten Restbeitrag des im August vorigen Jahres aufgenommenen französischamerikanischen Kreditkontokorrents in Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling (etwa 600 Millionen Reichsmark) zum Fälligkeitsstermin am 1. Februar zurückgezahlt. Die Zurückzahlung werde ohne jede weitere Inanspruchnahme der Goldreserven der Bank möglich sein.

Diese Mitteilung zeigt, daß sich der Status der Bank von England weiter günstig entwickelt hat, und daß es nunmehr eine Gefahr für das englische Pfund besteht. Die Bank erhält damit ihre volle Bewegungsfreiheit zurück und ist in Zukunft gegen jeden französischen oder amerikanischen Druck, der auf das Pfund ausgeübt werden sollte, weitgehend geschützt. Zweifellos wird sich diese Tatsache auch politisch weitgehend auswirken.

Der englische Arbeitsminister dementiert

London, 25. Januar. Der englische Minister für öffentliche Arbeiten, Drummond Bone, bezichtigt die im „Politiken“ erschienenen Angaben, die er über die Handelsbeziehungen zwischen Dänemark und England in einem Telefongespräch gehalten habe, als unrichtig. Außerdem seien seine Äußerungen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen.

Finländischer Protest gegen den deutschen Butterzoll. Der finnische Botschafter in Berlin, W. W. W. W., überreichte dem Reichskanzler eine Note, die einen Protest gegen die Erhöhung des deutschen Butterzolls enthält.